



Frankreichs Finanzministerin Lagarde kandidiert offiziell für die Währungsfonds-Spitze.

SEITE 11

Änderungen nötig

Gefangen in der Zukunftsvorsorge

Hunderttausende Anleger haben ein Zukunftsvorsorge-Produkt, das keinen Ertrag bringt. Aussteigen können sie nicht.

VON ULLA GRÜNBACHER
UND IRMGARD KISCHKO

Die Frustration der rund 1,5 Millionen Anleger ist groß: Ihre Zukunftsvorsorge-Produkte, die sie vor Jahren vor allem wegen des staatlichen Prämienzuckerls abgeschlossen haben, bringen fast keine Renditen mehr. Kündigen können sie die Verträge vor Ende der Laufzeit aber meist nicht. Und wenn sie die Einzahlungen stoppen, drohen viele Anbieter mit Strafzinsen.

„Eine Änderung der gesetzlichen Rahmenbedingungen ist dringend nötig“, fordert der Verein für Konsumentenschutz (VKI), der nach einer Analyse des Zukunftsvorsorge-Marktes eine ernüchternde Bilanz

zieht: kompliziert, intransparent und zu teuer. Neben der faktischen Unmöglichkeit, aus dem Vertrag aussteigen, kritisiert der VKI vor allem die hohen Kosten (siehe unten), die Banken oder Versicherungen für die Zukunftsvorsorgeverträge verlangen.

Positiv bewertet der VKI den Vorstoß von einigen Anbietern, neue Produkte mit geringeren Kosten anzubieten. VKI-Experte Walter Hager nennt die Hypo Versicherung als positives Beispiel. Geht es nach den Konsumentenschützern, müsste die derzeitige Mindestaktienquote fallen.

Krisenjahr Begonnen hat das Problem in der Finanzkrise 2008. Der Crash der Börsen traf auch die Zukunftsvorsorge-Produkte. Sie mussten nämlich per Gesetz 40 Prozent des Kapitals an der Wiener Börse veranlagen. Dieses

„Spielkapital“ haben viele Anbieter im genannten Jahr großteils verloren. Seither arbeiten sie mühevoll am Wiederaufbau dieser Aktienquote, dem Anleger bleibt vorläufig nur das garantierte, einbezahlte Kapital.

Kapitalgarantie „Die Kritik der Konsumentenschützer ist mehr als bedenklich“, kontert Werner Holzhauser, Chef der UNIQA Finance Life. Denn die Zukunftsvorsorge sei ein Basisprodukt in der dringend notwendigen privaten Altersvorsorge. Und dass es 2008 Verluste gegeben habe, sei nicht zu verhindern gewesen. Immerhin habe die Wiener Börse in diesem Jahr 63 Prozent verloren, die Zukunftsvorsorge-Produkte der UNIQA aber nur 6,8 Prozent. Nach einer Laufzeit von zehn Jahren aber bekomme jeder Anleger trotzdem sein

eingezahltes Kapital zurück. Die Teuerungsraten sind in dieser Rechnung aber nicht berücksichtigt.

Holzhauser hält nichts davon, die Kapitalgarantie aufzuheben. „Ohne diese Garantie hätten mindestens 50 Prozent keine Zukunftsvorsorge abgeschlossen.“

Andere Anbieter – vor allem die Investmentfonds – würden die Garantie gerne aufgehoben sehen. Auch das Finanzministerium kann sich das vorstellen. Denn die Garantie koste Geld, betont Dieter Kerschbaum, Sprecher der Erste Sparinvest-

Arbeiterkammer und SPÖ

haben bisher alle Vorstöße zur Aufhebung der Garantie abgewehrt. Dafür biss SP-Sozialminister Rudolf Hundstorfer mit seinem Vorschlag, die staatlichen Prämien für die Zukunftsvorsorge zu reduzieren, auf Granit bei Banken und Versicherungen.

► Kosten

Hohe Gebühren fressen staatliche Prämie auf

Was kostet Anleger die Zukunftsvorsorge?

Für 2011 gibt es 8,5 Prozent staatliche Prämie auf die Einzahlungen, das klingt lukrativ. „Was der Staat gibt, holt sich der Versicherer zurück“, zerschlägt Walter Hager, Experte des Vereins für Konsumenteninformation (VKI), alle Hoffnungen auf hohe Gewinne.

Denn die laufenden Kosten seien den meisten Konsumenten nicht bewusst. Ein Beispiel: Abschluss- und laufende Verwaltungskosten

summieren sich auf 3400 Euro (bei einer Gesamtprämien-summe von 30.000 Euro). Veranlagungskosten können hinzukommen und schwanken je nach Anbieter zwischen ein und 2,5 Prozent.

Ausgestoppt Teuer wird es für die Anleger aber vor allem dann, wenn kaum oder keine Erträge erwirtschaftet werden. Viele Produkte wurden im Zuge der Finanzkrise „ausgestoppt“. Das bedeutet, der Aktienanteil wird vorübergehend oder lang-

fristig gegen Null reduziert.

Die Kapitalgarantie gewährleistet zwar, dass am Ende der Laufzeit die Beträge, die eingezahlt wurden, inklusive staatlicher Förderung auch wieder ausgezahlt werden. Die Erwartungen der Anleger werden damit aber wohl nicht erfüllt.

Die Möglichkeit, die Einzahlungen während der Laufzeit gegen Null zu reduzieren, gibt es ebenfalls. Manche Anbieter verlangen dafür allerdings eine Abschlagszahlung.

Zukunftsvorsorge Komplexes Konstrukt

Produkte Die Zukunftsvorsorge gibt es in Form eines Investmentfonds als auch als Versicherungsprodukt. Beide Zukunftsvorsorge-Varianten müssen jetzt 30 Prozent (früher 40 Prozent) an der Wiener Börse

Förderung Die Einzahlungen in die Zukunftsvorsorge werden vom Staat gefördert. Die Höhe wird jährlich festgelegt: heuer 8,5 Prozent Staatszuschuss. Die Laufzeit beträgt mindestens zehn Jahre. Die Produkte sind